

## **Statement von Frau Landrätin Bischof**

Vielen Dank, Herr Engehausen für Ihre Ausführungen.

Nicht nur als BKG-Vorsitzende, sondern besonders auch als Landrätin bedrücken mich die immensen Defizite unserer Krankenhäuser und die Folgen aufs Höchste.

Wenn kommunale Krankenhausträger immer mehr Defizite übernehmen sollen, dann fehlt das Geld beispielsweise für andere wichtige soziale Aufgaben, aber auch bei infrastrukturellen Investitionen in den Kommunen.

Die Höhe der Defizite, von denen wir in diesem Jahr ausgehen müssen, sind atemraubend. Nicht wenige Landkreise befürchten zweistellige Millionenbeträge als Defizitausgleich für ihre Kliniken.

Und für die Städtevertreterinnen und -vertreter sieht es genauso aus.

Es kann doch nicht sein, dass wir in den Kommunen für die Fehler aufkommen müssen in der von der Bundespolitik zu verantwortenden Finanzierung der Betriebsmittel der Krankenhäuser. Wenn 89 % der Krankenhäuser Defizite verkraften müssen, ist dies ein völliges Versagen des Finanzierungssystems und nicht die Schuld der Verantwortlichen vor Ort.

Der Bund ist gefordert, die Inflationslücke bei den Betriebskosten zu schließen.

Im ersten Schritt müssen die versprochenen Härtefallfonds-Mittel in den Kliniken ankommen, um die Krankenhäuser vor einer Zahlungsunfähigkeit zu bewahren. Die Krankenhäuser gelten inzwischen nicht mehr als kreditwürdig.

Woher sollen wir uns das Geld ansonsten nehmen? Inflation und die massiv gestiegenen Energiekosten bedrohen unsere Krankenhäuser heute und nicht erst morgen. Wir benötigen eine Lösung der Finanzierung jetzt und nicht erst nach den Diskussionen um eine bundesweite Krankenhausreform – deren Notwendigkeit wir sehr wohl sehen mit Blick auf die Demografie und die Versorgung der Zukunft. Daher fordern wir: Jetzt gilt es, die Finanzierung der Kliniken zu sichern, um Insolvenzen und dramatische Versorgungslücken zu vermeiden. Dann gilt es, eine Reform zu entwickeln, die die Interessen der Patientinnen und Patienten sowie der Beschäftigten in den Kliniken in den Mittelpunkt stellt. So ein Reformprozess bedarf mehr Zeit und eine breitere Einbindung der Verantwortlichen in den Kliniken.

*Es gilt das gesprochene Wort*

## **Statement von Geschäftsführer Markus Stark**

Herzlichen Dank sehr geehrte Frau Landrätin Bischoff.

Die Erler-Klinik, das Krankenhaus in Nürnberg für das ich hier heute stehe, ist ein spezialisiertes Fachkrankenhaus für Chirurgie und Orthopädie, das auch an der Notfallversorgung teilnimmt und als private Einrichtung gemeinnützig tätig ist.

Wir waren und sind per Bescheid des Freistaates Bayern Spezialversorger für Unfallchirurgie – in unserer Notfallambulanz in der Stadtmitte in Nürnberg behandeln wir pro Jahr ca. 18.000 - 20.000 Notfälle ambulant und ca. 2.500 Notfälle allein in der Unfallchirurgie stationär.

Wir haben vom Freistaat Bayern einen Hybrid-OP gefördert bekommen für genau diese Bereiche, nämlich die Behandlung von muskuloskelettalen Versorgungungen – was ist das genau?

Das ist ein Computertomograph im Operationssaal, um während OPs ein CT machen zu können und zu schauen, „sitzt die Schraube genau an der Wirbelsäule genau da, wo sie sein sollte?“ – sehr vereinfacht gesagt.

Unsere Situation ist mit der der kommunalen oder kirchlichen Krankenhäuser sehr vergleichbar. Auch wir haben hohe Fixkosten – siehe diesen Hybrid-OP – und müssen selbstverständlich pünktlich die Gehälter zahlen.

Bei einer Inflation im letzten Jahr (also 2022) von etwa 8 % stiegen die Erlöse je Fall, über den sogenannten Landesbasisfallwert, um lediglich 2,3 %. Dieses Jahr 2023 steigen die Erlöse um 4,3 %, obwohl die Sachkosten wieder deutlich höher steigen um mindestens 7 %.

Dies ist nicht finanzierbar, das funktioniert so nicht.

Dazu kommen jetzt noch die Tarifsteigerungen. Auch in meinem Haus wenden wir den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes, den TVÖD an.

Der Bundesgesundheitsminister hat bei der Veröffentlichung der Vorschläge zur Krankenhausreform im Dezember nicht nur eine Revolution angekündigt, sondern versprochen, dass kein Krankenhaus in Finanznot kommen wird.

Doch genau das Gegenteil ist passiert.

Denn der sogenannte Härtefallfonds, der anstelle eines Inflationsausgleiches versprochen wurde, kommt weitgehend nicht in den Kliniken an.

Aus dem 4,5 Mrd.-Fonds haben wir in unserer Klinik für das IV. Quartal 2022 nicht einmal 1.000 Euro erhalten. Das ist mit Verlaub ein Scherz, ich will nicht

**BKG-Presskonferenz am 29. März im Presseclub München  
14. Bayerischen Krankenhaustrend**

respektlos sein, aber der bürokratische Aufwand der Antragstellung war höher, als die bisher erhaltenden Hilfgelder.

Deshalb unterstütze ich die Forderung von Frau Landrätin Bischof, dass jetzt sofort die finanzielle Basis der Kliniken gesichert werden muss. Und dann muss eine Krankenhausreform diskutiert werden, bei der das Patientenwohl im Vordergrund steht, bei der Bürokratie abgebaut wird, bei der Doppelstrukturen abgebaut werden können, aber bedarfsnotwendige Strukturen gesichert und nicht gefährdet werden würden.

Dies gilt in Bayern auch ganz besonders für die etablierten Fachkliniken, da haben wir sehr gute Strukturen, die nicht einfach so über Bord geworfen werden sollten.

*Es gilt das gesprochene Wort*